

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Olaf in der Beek, Bijan Djir-Sarai,
Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5854 –**

Innenpolitische Spannungen in Jordanien – Gefahr für den Friedensprozess im Nahen Osten

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 21. Oktober 2018 wurde bekannt, dass die jordanische Regierung Übereinkünfte aus dem Friedensvertrag mit Israel bezüglich der Überlassung der Gebiete Bakura und Ghumar nicht verlängern wird (www.dw.com/de/jordanien-fordert-von-israel-gebiete-zur-%C3%BCck/a-45976170). Die im Anhang zum 1994 zwischen den beiden Ländern geschlossenen Friedensvertrag festgelegten Vereinbarungen sehen vor, dass Israel die entsprechenden Flächen mit einer Ausdehnung von ca. 400 Hektar für 25 Jahre nutzen kann. Entsprechend den Vereinbarungen wäre eine Verlängerung dieser Pacht automatisch zustande gekommen, wenn keine der Vertragsparteien die Vereinbarung aufkündigt.

Im Gegenzug zur Verpachtung von Land an Israel, profitiert Jordanien selbst von gemeinsamen Industriezonen mit zollfreien Handelsmöglichkeiten in die USA und dem Umschlag jordanischer Güter über den israelischen Hafen Haifa. Darüber hinaus ist die jordanische Wasserwirtschaft von Israel abhängig (www.welt.de/politik/ausland/article182509234/Nahost-Der-neue-Krisenherd-liegt-in-Jordanien.html). In Jordanien selbst wird sowohl die Verpachtung als auch der gesamte Friedensvertrag von weiten Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen bzw. gänzlich abgelehnt.

Die Verschuldung in Jordanien liegt bei 95 Prozent des Bruttozialprodukts, die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent und der Staatsapparat, in dem mehr als 57 Prozent aller Beschäftigten arbeiten, gilt als ineffizient. Der Schuldenreport 2018 weist für das Land ein hohes Überschuldungsrisiko aus (<http://erlassjahr.de/laenderinfos/jordanien/>). In Jordanien leben derzeit nach Angaben der Regierung zirka 1,2 Millionen syrische Kriegsflüchtlinge, die das Land vor zusätzliche Herausforderungen stellen (www.tagesschau.de/ausland/maas-jordanien-101.html). Gleichzeitig bekommt das Land nach Angaben der United States Agency for International Development (USAID) pro Kopf mehr Entwicklungshilfe als jedes andere Land. Um der wirtschaftlichen Notlage des Landes entgegenzuwirken, hat die Regierung in Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bereits im September eine umfangreiche Steuerreform und Ausgabenkürzungen angekündigt (www.aljazeera.com/news/2018/09/jordan-tax-reform-proposal-faces-strong-criticism-180913133502188.html).

Angesichts der Tatsache, dass ein Fünftel der Bevölkerung akut von Armut bedroht ist, werden insbesondere die wachsende soziale Ungleichheit durch das Steuersystem und die weithin grassierende Korruption kritisiert. Eine weitere Belastung der Bevölkerung durch weitergehende Steuer- und Ausgabenreformen zur Minderung der vor allem durch die massiven Migrationsströme verursachten Notlage des Landes wird größtenteils von der Bevölkerung nicht akzeptiert.

Beobachter gehen davon aus, dass die von der jordanischen Regierung nun angekündigte Beendigung der Verpachtung der Gebiete Bakura und Ghumar insbesondere diesen innenpolitischen Spannungen geschuldet ist und Kritiker der geplanten Reformen besänftigen soll. Damit drohen die innenpolitischen Spannungen Jordaniens nicht nur das Verhältnis zu Israel zu belasten, sondern auch die Stabilität in der gesamten Region des Nahen Ostens zu gefährden.

Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist Deutschland nach den USA wichtigstes Geberland für Jordanien und hat seit 2012 mehr als 1,8 Mrd. Euro bereitgestellt (www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/jordanien/index.jsp). Die innenpolitischen Entwicklungen zeigen jedoch, dass offenkundig nicht nur Mittel zur Bewältigung drängender humanitärer Bedarfe im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen notwendig sind, sondern vor allem auch Unterstützung beim Ausbau der staatlichen Verwaltungsstruktur. Dieses langfristige Engagement der Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der Stabilität der gesamten Region scheint aus Sicht der Fragesteller insbesondere seit den hohen Flüchtlingsströmen nach Europa sei 2015 hinter kurzfristigen migrationspolitischen Überlegungen zurückzustehen. Die Daten von USAID (https://explorer.usaid.gov/cd/JOR?implementing_agency_id=1) demonstrieren, dass die jordanische Regierung der Hauptempfänger von Entwicklungshilfe ist. Dabei bleibt offen, für welche Maßnahmen und Schwerpunkte diese Mittel eingesetzt werden, was angesichts der Korruptionsvorwürfe und Schwächen bei der Regierungsführung als problematisch zu betrachten ist. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller hat erst kürzlich einen Kurswechsel in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit angekündigt, mit dem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sich deutlich stärker auf Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Good Governance fokussieren soll. Dies muss aus Sicht der Fragesteller auch für die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Jordanien gelten. Andernfalls droht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, mit ihrer kurzfristigen Ausrichtung an migrationspolitischen Interessen, sozialen Unfrieden und Instabilität zu fördern. Insbesondere eine Gefährdung der Stabilität im Nahen Osten durch eine fehlgeleitete Entwicklungszusammenarbeit birgt aus Sicht der Fragesteller immense Gefahren.

1. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen werden jeweils jährlich seit 2012 mit jeweils welchem finanziellen Aufwand im Rahmen der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Jordanien durchgeführt?

Für die Bundesregierung umfasst der Begriff bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Einklang mit dem Haushaltsrecht (vgl. Bundeshaushaltsplan 2018, Einzelplan 23, Kapitel 2301) die bilaterale staatliche Finanzielle und Technische Zusammenarbeit sowie Ausgaben für „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

- a) Welche dieser Projekte und Maßnahmen werden durch welche Durchführungsorganisationen durchgeführt?
- b) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Jordanien?
- c) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen der Schaffung von Arbeitsplätzen, und wie viele Arbeitsplätze konnten jeweils im Einzelnen, aufgeschlüsselt nach Arbeitsplätzen im staatlichen und privaten Sektor sowie nach Vermittlung von Jordanern und Flüchtlingen in diese Arbeitsplätze, durch diese geschaffen werden?
- d) Welche dieser Projekte und Maßnahmen werden im Zusammenhang mit privaten Unternehmen zum Ausbau der Wirtschaft Jordaniens durchgeführt?
- e) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen der Unterstützung der jordanischen Regierung beim Aus- bzw. Umbau von Verwaltungsstrukturen?
- f) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen insbesondere dem Auf- und Ausbau einer funktionsfähigen Steuerverwaltung?
- g) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen der Umsetzung von Good-Governance-Konzepten durch die jordanische Regierung?
- h) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen der Bekämpfung von Korruption?
- i) Welche dieser Projekte und Maßnahmen dienen dem Ausbau der jordanischen Infrastruktur, insbesondere in Bezug auf die Wasser- und Energieversorgung?

Die Antworten zu den Fragen 1a bis 1i sind der als Anlage 1 beigefügten Tabelle zu entnehmen.

2. Gibt es Hinweise darauf bzw. Erkenntnisse darüber, dass die Mittel aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch staatliche Strukturen in Jordanien veruntreut wurden bzw. werden, und wenn ja, in welchem Umfang?

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise oder Erkenntnisse vor, dass Mittel aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch staatliche Strukturen in Jordanien veruntreut wurden oder werden.

3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits ergriffen, um Jordanien bei der Senkung seiner Staatsverschuldung, die entsprechend dem Schuldenreport 2018 ein hohes Überschuldungsrisiko birgt, zu helfen?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

4. In welchem Umfang gewährt die Bundesrepublik Deutschland durch jeweils welche Institution Jordanien Kredite (bitte jeweils für die Jahre seit 2012 aufschlüsseln)?

Der nachstehenden Tabelle sind die seit 2012 zugesagten Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Jahresscheiben (unterteilt nach Haushalts- und Marktmittel in Millionen Euro) zu entnehmen:

Jahr der Zusage	ursprüngliche Zusage (Verpflichtungsermächtigung)		aktuelles Zusageobligo (zugesagte Kreditbeträge)		Barobligo (tatsächlich in Anspruch genommener Kreditbetrag)	
	HH-Mittel	Marktmittel	HH-Mittel	Marktmittel	HH-Mittel	Marktmittel
2012		79,5		66,469		52,222
2013	0,404	35	0,404	34,795	0,378	1,365
2014		50		50		30,570
2015		30		30		0
2016		30		30		4,357
2017		99		99		75
2018		181		181		0
Summe	0,404	504,5	0,404	491,265	0,378	163,513

Die Zusagen aus dem Jahr 2018 enthalten den Ungebundenen Finanzkredit mit einem Zusageobligo von 86 Mio. Euro.

- a) Wie hoch wird hierbei das kumulierte Ausfallrisiko dieser Kredite geschätzt?

Für den größten Teil Kredite der KfW, die im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit aus sogenannten Marktmitteln der KfW dem Königreich Jordanien gewährt wurden, hat der Bund Garantien in Höhe von 80 Prozent des Obligos übernommen. Bei diesen Krediten rechnet der Bund nicht damit, aus den entsprechenden Garantien in Anspruch genommen zu werden.

- b) Können bereits einzelne Kredite durch den Staat Jordanien nicht mehr bedient werden, und wenn ja, in welchem Umfang jeweils jährlich seit 2012?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von Krediten, die durch das Königreich Jordanien nicht mehr bedient werden.

- c) Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um den kompletten Ausfall von gewährten Krediten zu verhindern?

Die Bundesregierung rechnet mit keinem Kreditausfall.

5. In welchem Umfang hält die Bundesrepublik Deutschland Anleihen Jordaniens (bitte jeweils für die Jahre seit 2012 aufschlüsseln)?
 - a) Wie hoch wird hierbei das kumulierte Ausfallrisiko dieser Anleihen geschätzt?
 - b) Können bereits einzelne Anleihen durch den Staat Jordanien nicht mehr bedient werden, und wenn ja, in welchem Umfang jeweils jährlich seit 2012?
 - c) Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um den kompletten Ausfall von Anleihen Jordaniens zu verhindern?

Die Fragen 5 bis 5c werden zusammengefasst beantwortet.

Die Bundesrepublik Deutschland hält keine Anleihen am Königreich Jordanien.

6. Welche weiteren Projekte und Maßnahmen werden im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Jordanien durchgeführt, die das Land mittel- und langfristig für den Umgang mit einem weiteren bzw. anhaltenden Zustrom weiterer Flüchtlinge wappnen?

Zusätzlich zu den Projekten im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit finanziert die Bundesregierung aus der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge re-integrieren“ (SI Flucht) sowie der Sonderinitiative „Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika/Nahost“ (SI MENA) weitere Projekte und Maßnahmen, die schnell und gezielt auf die Herausforderungen der Flüchtlingskrise reagieren. Sie unterstützen die Aufnahmeregionen unter anderem in den Bereichen Wasser- und Abwassermanagement, Energieversorgung von Flüchtlingslagern und aufnehmenden Gemeinden, Schaffung von (Aus-)Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und bedürftige Menschen aus aufnehmenden Gemeinden sowie in der psychosozialen Unterstützung und der Konfliktbearbeitung.

Im Übrigen wird auf den Informationsvermerk zur vertraulichen Planung der Sonderinitiativen verwiesen, der den Deutschen Bundestag jährlich u. a. über die Vorhaben SI Flucht und SI MENA informiert (Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages zu der vertraulichen Planung für Kapitel 2310, Titelgruppe 03: Sonderinitiativen).

Zu der Schaffung von Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Menschen in aufnehmenden Gemeinden in Jordanien durch die „Beschäftigungsoffensive Nahost/Cash for Work“, die seit 2016 Teil der SI Flucht ist, wird zudem auf die regelmäßig aktualisierte BMZ-Publikation „Beschäftigungsoffensive Nahost/Cash for Work“ verwiesen.

7. An welche konkreten Projekte und Maßnahmen mit welchem finanziellen Beitrag bzw. unter Federführung welcher Durchführungsorganisation beteiligt sich die Bundesregierung im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Jordanien, die das Land mittel- und langfristig für den Umgang mit einem weiteren bzw. anhaltenden Zustrom weiterer Flüchtlinge wappnen?

Die Bundesregierung beteiligt sich am EU-Treuhandfonds für die Syrienkrise („Madad“) sowie der Global Concessional Financing Facility („GCFF“) der Weltbank.

Der Madad-Fonds adressiert Maßnahmen in den Nachbarländern Syriens, darunter auch Jordanien. Der Fokus der Maßnahmen liegt auf der Grundversorgung in

den Schlüsselbereichen Bildung und sozio-ökonomischer Unterstützung sowie auf der Förderung der Resilienz von Haushalten und Einzelpersonen. Die Bundesregierung hat sich mit 25 Mio. Euro an dem Fonds beteiligt; eine weitere Einzahlung von 20 Mio. Euro wird derzeit vorbereitet. Bislang hat der Fonds Maßnahmen im Gesamtwert von 215 Mio. Euro in Jordanien genehmigt.

Die GCFF ist ein bei der Weltbank angesiedelter Multi-Geber-Treuhandfonds. Sie ermöglicht Ländern wie Jordanien Zugang zu hoch konzessionären Krediten. Die Bundesregierung hat sich mit 20 Mio. Euro daran beteiligt. Eine weitere Einzahlung von rund 71,5 Mio. Euro wird derzeit vorbereitet. Im Rahmen der GCFF wurden für Jordanien Kredite in Höhe von 1,45 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich Wirtschaftsentwicklung mit einem Fördervolumen von 800 Mio. US-Dollar.

8. Welche Position vertritt die Bundesregierung in Bezug auf mögliche Schuldenerleichterungen durch die Gläubiger Jordaniens?

Die Bundesregierung stimmt ihr Vorgehen bei Zahlungsschwierigkeiten von Schuldnerstaaten multilateral im Pariser Club ab. So hat die Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von Umschuldungsverhandlungen zwischen 1989 und 2002 im Pariser Club dem Königreich Jordanien Schuldenerleichterungen in Höhe von 262,09 Mio. Euro gewährt.

Voraussetzung für Gespräche im Pariser Club sind ein Antrag des betroffenen Landes und ein erfolgreich laufendes wirtschaftliches Reformprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF). Nach Informationen der Bundesregierung hat Jordanien derzeit keinen Antrag beim Pariser Club gestellt.

9. Hält die Bundesregierung die aktuelle Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit mit Jordanien auf migrationspolitische Aspekte im Gegensatz zu einer langfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel einer nachhaltigen und ganzheitlichen Stabilisierung des Landes für sinnvoll, und wenn ja, warum?

Mit Jordanien, das in der Region traditionell zur geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung beiträgt, verbindet die Bundesregierung eine langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wesentliche Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit mit der jordanischen Regierung sind umfassende nationale Entwicklungsstrategien. Seit 2013 wird zudem im Zusammenhang mit der Syrienkrise von der jordanischen Regierung jährlich der „Jordan Response Plan“ erstellt, der Projekte und Finanzierungsbedarfe für die Bewältigung der Auswirkungen der Syrienkrise für Jordanien definiert.

Aktuell konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit auf den Schwerpunkt Wasser, die Sektoren Bildung, Berufsbildung und Beschäftigungsförderung sowie die Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden.

Im Einklang mit der internationalen Gebergemeinschaft ist die Zusammenarbeit darauf ausgerichtet, die Widerstandsfähigkeit von Menschen, Gemeinschaften und Institutionen zu stärken. Entsprechend sind bei den diesjährigen Regierungsverhandlungen rund 50 Prozent der Zusagen direkt der langfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit zuzuordnen. Die andere Hälfte der Zusagen ist auf den „Jordan Response Plan“ anrechenbar, der Jordanien dabei unterstützt, die Folgen der Flüchtlingskrise besser bewältigen zu können, beispielsweise durch eine effizientere Wasserwirtschaft oder nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Jordanien ist somit von einem langfristigen und strukturfördernden Ansatz geprägt, der das Land ganzheitlich stabilisiert.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die von der jordanischen Regierung angekündigte Beendigung der Pachtverträge für die Gebiete Bakura und Ghumar?

König Abdullah II hat am 21. Oktober 2018 angekündigt, dass er das in den Annexen des jordanisch-israelischen Friedensvertrags von 1994 geregelte „special regime“ für die an Israel grenzenden Gebiete Baqoura und Ghumar aufkündigen wolle. Diese Option sehen die Annexe des Friedensvertrags explizit vor. Jordanien hat sich fristgerecht ein Jahr vor Ablauf der zunächst auf 25 Jahre angelegten Sonderregelung gegen eine automatische Verlängerung ausgesprochen. Für den Fall der Nicht-Verlängerung sehen die Annexe die Möglichkeit zu Konsultationen der Vertragspartner über die künftige Regelung vor. Die Bundesregierung begrüßt, dass beide Seiten Bereitschaft signalisiert haben, Konsultationen aufzunehmen.

11. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung international diplomatische Bemühungen, eine Beendigung der Pachtverträge und damit substanzieller Bestandteile des Friedensvertrags mit Israel abzuwenden?

Wenn ja, welche konkreten Bemühungen sind dies?

Die Vereinbarungen zum „special regime“ für Baqoura und Ghumar sind in den Annexen des jordanisch-israelischen Friedensvertrags enthalten. Die Nicht-Verlängerung der Sonderregelung bezieht sich auf diese Annexe und stellt den Bestand des Friedensvertrags nicht in Frage. Eine mögliche Neuregelung wird das Ergebnis bilateraler Konsultationen zwischen den Vertragspartnern sein.

12. Verhandelt die Bundesregierung derzeit mit der jordanischen und/oder israelischen Regierung mit dem Ziel, die Beendigung der Pachtverträge abzuwenden?

Wenn ja, in welchem Rahmen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung steht in regem Kontakt mit Vertretern beider Seiten und wird den Verlauf der geplanten Konsultationen eng verfolgen. Sie wirkt hierbei nicht darauf hin, die Nicht-Verlängerung der Annexe rückgängig zu machen. Die Option zur Nicht-Verlängerung ist in den von beiden Parteien konsentierten Annexen zum Vertrag explizit vorgesehen; die Entscheidung, die Sonderregelung nicht zu verlängern, stellt den Bestand des Friedensvertrags nicht in Frage.

13. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um zu verhindern, dass die innenpolitischen Spannungen in Jordanien zu einer Belastung für das jordanisch-israelische Verhältnis werden?

Die Bundesregierung verfolgt die innenpolitische Entwicklung in Jordanien aufmerksam. Innenpolitische Themen sind grundsätzlich Teil der bilateralen Gespräche, wie sie etwa zuletzt Ende September zwischen Bundesminister Maas und Außenminister Safadi sowie Ende Oktober zwischen Bundesminister Müller und Planungsministerin Kawar stattgefunden haben.

Die Wahrung der Stabilität Jordaniens steht im Mittelpunkt der bilateralen Bemühungen der Bundesregierung. Der deutsch-jordanischen Entwicklungszusammenarbeit fällt dabei eine wesentliche Rolle zu. Hinzu kommen Projekte im Rahmen der humanitären Hilfe sowie der Transformationspartnerschaft, wirtschaftliche Unterstützung und militärische Zusammenarbeit vor allem im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative. Jordanien ist zudem Partnerland des polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfeprogramms der Bundesregierung.

14. Was unternimmt die Bundesregierung, um zu verhindern, dass die innenpolitischen Spannungen zu einer Gefahr für den Friedensprozess im Nahen Osten werden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

Anlage 1

Innenpolitische Spannungen in Jordanien – Gefahr für den Friedensprozess im Nahen Osten

n. e. = entsprechende Daten wurden nicht erhoben

NZ = Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist nicht Ziel des Vorhabens

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastruktur- Ausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Wasserressourcen Management Programm (ZV)	23.500.000	2012	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Wasserressourcen-Management-Programm II	30.000.000	2012	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Wasserressourcen-Management-Programm II (BM)	1.500.000	2012	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Energieeffizienz im Wassersektor	26.000.000	2012	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Klimaanpassung: Hydrologisches Messnetz	6.400.000	2012	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Trinkwasserversorgung syrischer Flüchtlinge in Jordanien	8.500.000	2012	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Krisenintervention Syrische Flüchtlinge	25.000.000	2012	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Governance Fonds MENA	5.000.000	2012	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Studien- und Fachkräftefonds	9.278.000	2012	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
KV-Wasser- verlustreduzierung nördliche Gouvernorate	403.702	2013	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Energieeffizienz für Gebäude	15.000.000	2013	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	ja
Klimaschutz im Abwasserbereich	20.000.000	2013	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Energieeffizienz für Gebäude (BM)	1.500.000	2013	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Krisenintervention Syrische Flüchtlinge II	5.000.000	2013	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Krisenintervention Syrische Flüchtlinge III	5.000.000	2013	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastrukturausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Schutz der Umwelt und Biodiversität in Jordanien	3.900.000	2013	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Beschäftigungsförderung im Wassersektor	2.000.000	2013	GIZ	nein	NZ	0	8	7	0	nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Jordanien Verbesserung der Infrastruktur im Flüchtlingslager Zaatari	1.025.000	2013	GIZ	ja	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Getrennte Abfallsammlung – Strukturaufbau zur flächendeckenden Umsetzung	199.000	2013	DEG	nein	n. e.					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Einführung von Kunststoffabfallbehältern entspr. EU-Normen	125.735	2013	DEG	nein	n. e.					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Anpassung an den Klimawandel	20.000.000	2014	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Wasserressourcen-Management-Programm III	30.000.000	2014	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Wasserressourcen-Management-Programm III (BM)	1.500.000	2014	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Anpassung an den Klimawandel (BM)	1.500.000	2014	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
A+F Klimaschutz im Abwasserbereich	32.885	2014	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Trinkwasserversorgung syrischer Flüchtlinge in Jordanien III	15.000.000	2014	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Unterstützung jordanischer Gemeinden bei der syrischen Flüchtlingsproblematik durch Klempnerausbildung	1.550.000	2014	GIZ	ja	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastruktur- Ausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Unterstützung Flüchtlingsaufnehmender Gemeinden im Abfallmanagement	12.850.000	2014	GIZ	ja	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Nachhaltige Nutzung von Ökosystemleistungen in Jordanien	5.000.000	2014	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Dezentrales Abwassermanagement: zur Anpassung in Jordanien	6.500.000	2014	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Fachliche Beratung und Know-how Transfer auf dem Gebiet der Solarenergie für die staatliche und privatwirtschaftlichen Institutionen	145.847	2014	DEG	nein	n. e.					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Verbessertes Grundwasserressourcenmanagement als Antwort auf die syrische Flüchtlingskrise	4.000.000	2015	BGR	nein	nein					nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Wasserressourcen-Management-Programm III, Phase II	30.000.000	2015	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für syrische Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden IV	10.000.000	2015	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Trinkwasserversorgung syrischer Flüchtlinge und aufnehmender Gemeinden (Aqib-Pipeline)	10.000.000	2015	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Stärkung der Resilienz im Kontext der Syrien/Irak-Krise I (JOR UNICEF)	10.000.000	2015	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastrukturausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Stärkung der Resilienz, UNICEF Jordanien Wasser/ Abwasser Zaatari	10.000.000	2015	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Stärkung der Resilienz, UNICEF Jordanien Bildung	15.000.000	2015	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Management der Wasserressourcen Jordanien	9.000.000	2015	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Stärkung der Resilienz von Wasserversorgern	6.300.000	2015	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Dezentrales, integriertes Klärschlammmanagement	4.000.000	2015	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Energieeffizientes Bauen; Energieaudits, regionale Konstruktionskataloge (Energieatlas)	179.637	2015	DEG	nein	n. e.					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Management der Grundwasserressourcen	2.500.000	2016	BGR	nein	nein					nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein
Stärkung der Resilienz von aufnehmenden Gemeinden und Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens	2.000.000	2016	GIZ	ja	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Abwasserprogramm: Nexus und Ressourcenschutz	30.000.000	2016	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
UNICEF Jordanien, No Lost Generation	17.000.000	2016	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
UNICEF Jordanien: WASH Berm und Bildung/NLG	10.000.000	2016	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastruktur- Ausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Schutz der Umwelt und Biodiversität in Jordanien II	5.100.000	2016	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Effizienz im Wasser- und Energiesektor	4.500.000	2016	GIZ	nein	NZ	0	1	8	23	ja	ja	nein	ja	ja	ja	ja
Stärkung der Kapazitäten im Abwassermanagement	6.000.000	2016	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	nein
WFP Regional Emergency Operation (EMOP) 200433	2.779.775	2016	WFP	ja	nein					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Know-How-Transfer Elektroschrott-Recycling und getrennten Sammlung, Pilotanlage Aufbereitung von Elektronikaltgeräte	148.343	2016	DEG	nein	n. e.					nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Energieeffizienz im Wassersektor II	24.000.000	2017	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für syrische Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden V	32.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Klimaschutz im Abwasserbereich – Begleitmaßnahme	3.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Förderung von Existenzgründungen (Start-ups) – Treuhandbeteiligung	8.000.000	2017	KfW Treuhandbeteiligung	nein	1422	0	1422	1345	77	ja	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Schulbauprogramm	19.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Förderung von Existenzgründungen (Start-Ups) – (BM)	3.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					ja	nein	nein	ja	ja	nein	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbeginn in 2012)	Jahr der Zusage (KfW-Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unterbringung/ Versorgung von Flüchtlingen	Schaffung von Arbeitsplätzen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermittlung an		Wirtschaftsausbau	Verwaltungsstrukturförderung	Steuerverwaltungsförderung	Umsetzung Good Governance	Korruptionsbekämpfung	Infrastruktur- Ausbau	
						Staatlich	Privatwirtschaft	Jordanierinnen und Jordanier	Flüchtlinge						Wasser	Energie
Unterstützung der Reformen im jordanischen Wassersektor (DPL)	75.000.000	2017	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Schulbauprogramm II	10.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für syrische Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden VI	8.000.000	2017	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
UNICEF Jordanien Wasser/Abwasser Zaatari (Phase III)	9.955.072	2017	KfW (Zuschuss)	ja	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Erneuerbare Energien im Wassersektor in Jordanien	3.100.000	2017	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	ja
Steigerung der Energieeffizienz in der Wasserversorgung durch Optimierung von Betrieb und Wartung	5.000.000	2017	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	ja
Pilotvorhaben zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Ammans Armutsgebieten	2.000.000	2017	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Unterstützung jordanischer Bildungsanbieter beim Angebot von arbeitsmarktorientierter beruflicher Bildung	3.000.000	2017	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Reduktion von technischen Wasserverlusten	4.000.000	2017	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Klima- und Ressourcenschonung durch Kreislaufwirtschaft	4.000.000	2017	GIZ	nein	n. e.					ja	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Berufliche Aus- und Fortbildung für Jordanier und syrische Flüchtlinge im Wassersektor	3.400.000	2017	GIZ	ja	NZ	0	47	47	0	ja	ja	nein	ja	ja	nein	nein

Projekttitel	Zusage/ Auftragswert (Vorhabensbe- ginn in 2012)	Jahr der Zu- sage (KfW- Vertrag/der Beauftragung) in Euro	Durchführer/ Unternehmen	Unter- bring- ung/ Versor- gung von Flücht- lingen	Schaffung von Arbeitsplät- zen ¹⁾	Sektor		Arbeitsplatzvermitt- lung an		Wirt- schafts- aus- bau	Verwal- tungs- struk- turför- derung	Steuerver- waltungs- förderung	Umsetzung Good Governance	Korrupti- onsbe- kämpfung	Infrastruktur- Ausbau	
						Staatlich	Privat- wirt- schaft	Jordanierin- nen und Jordanier	Flücht- linge						Wasser	Energie
Unterstüt- zung flücht- lingsaufneh- mender Ge- meinden	3.000.000	2017	GIZ	ja	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Konfliktlö- sungsme- chanismen fördern und Perspekti- ven schaffen für vul- nerable Gruppen und Regio- nen in Jor- danien	2.371.712	2017	GIZ	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein
WFP PRRO 200987 "Assistance to vulnera- ble Syrian refugees and host commu- nities in Jordan"	14.722.000	2017	WFP	ja	nein					nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Aufberei- tung des ri- tuellen Waschab- wassers aus Moscheen für Bewäs- serungszwe- cke	163.000	2017	DEG	nein	n. e.										ja	
Know-How und Techno- logie-Trans- fer im Be- reich Kom- postierung organischer Abfälle	149.005	2017	DEG	nein	n. e.											
Abwasser- programm: Nexus und Ressourcen- schutz	20.000.000	2018	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Energieeffi- zienz für Gebäude Phase II, Begleitmaß- nahme	1.000.000	2018	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Unterstüt- zung der Reformen im jordanis- chen Was- ersektor (DPL)	75.000.000	2018	KfW (Darlehen)	nein	n. e.					nein	ja	nein	ja	ja	ja	nein
Unterstüt- zung der Reformen im jordanis- chen Was- ersektor (DPL) – Be- gleitmaß- nahme	4.000.000	2018	KfW (Zuschuss)	nein	n. e.					nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
WFP "Jor- dan Transi- tional In- terim Coun- try Strategic Plan	5.000.000	2018	WFP	ja	nein					nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein

¹⁾ Mitteleinsatz pro geschaffenen Arbeitsplatz lässt sich erst nach Abschluss der Maßnahmen ermitteln

